

Nach Hausverbot: Verfahren eingestellt

Gegen Pater Adam hatte die Kirchenpflege Gebenstorf-Turgi vor rund einem Jahr Anzeige wegen Hausfriedensbruch eingereicht.

Claudia Laube

Am 11. April vor einem Jahr, kurz vor der Sonntagsmesse, kam es vor der katholischen Kirche in Gebenstorf zu einem ungewöhnlichen Polizeieinsatz (die AZ berichtete): Zwei Angestellte einer Sicherheitsfirma verweherten dem umstrittenen Pater Adam Serafin den Eintritt ins Gotteshaus – und die Kantonspolizei Aargau wurde hinzugerufen.

Die Kirchenpflege der katholischen Kirche Gebenstorf-Turgi hatte dem Pater zuvor ein Hausverbot auferlegt. Er hielt sich aber nicht daran. Einen Tag vor dem eingangs erwähnten Vorfall und einen Tag danach wurde von zwei Mitgliedern der Kirchenpflege je eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch eingereicht. Das geht aus der Einstellungsverfügung hervor, die der AZ vorliegt. Denn: Das Verfahren zu den beiden Strafanzeigen wurde vor kurzem eingestellt. Der Entscheid ist aber noch nicht rechtskräftig.

Konflikt schwelt seit rund fünf Jahren

Der Grund für die Abweisung: Die Anzeigen seien nicht rechtskräftig, wie die Staatsanwaltschaft schreibt. Sie waren von Mitgliedern der Kirchenpflege, also sozusagen von Privatpersonen, und nicht von der Kirchenpflege als Geschädigte eingereicht worden. Diese hätte eine formelle Versammlung einberufen und nach einem Mehrheitsbeschluss der anwesenden Mitglieder einen Strafantrag einreichen müssen.

Auch das Hausverbot an sich hält die Staatsanwaltschaft für ungültig. Denn auch dafür hätte es die Mehrheit einer Versammlung der Kirchenpflege benötigt.



Nachdem er mit einem Hausverbot belegt worden war, hielt Pater Adam seine Messen kurzzeitig draussen ab – bis er ein Rayonverbot erhielt.

Bild: Claudia Laube

Es sei dabei irrelevant, dass das verfügte Hausverbot vom 25. Februar 2022 von vier der sieben Mitglieder der Kirchenpflege «unterzeichnet» worden sei. Pater Adam erhält nun nicht nur Anwaltskosten von 3301 Franken entschädigt, sondern auch noch 500 Franken Genugtuung zugesprochen. Sein Rechtsanwalt hatte dies gefordert, aufgrund des «schweizweiten, diskreditierenden und diffamierenden Medienechos». Die Kosten

gehen zu Lasten der Staatskasse. Aus dem Entscheid geht auch hervor, dass die Kantonspolizei zwischen dem 10. und 12. April mehrmals von Mitgliedern der Kirchenpflege wegen Hausfriedensbruch zur katholischen Kirche in Gebenstorf gerufen worden war.

In der Kirchengemeinde schwelte es aber schon viel länger: Begonnen hatte alles vor rund fünf Jahren mit einer Gruppe, die sich gegen den ihrer Mei-

nung nach zu konservativen Kurs wehrte, den die Kirche Gebenstorf-Turgi mit Pater Adam eingeschlagen hatte. Sie wuchs über die Jahre auf über 100 Personen an und der Wind, der dem Pater und auch dem damaligen Präsidenten der Kirchenpflege, Daniel Ric, der ihm stets den Rücken stärkte, entgegenschlug, wurde immer rauer. Als dann 2020 der Gemeindeleiter Peter Daniels kündigte, hätte Pater Adam laut einem Vertrag eben-

falls seine Sachen packen müssen. Weil er der Meinung war, dass dieser rechtlich nicht standhalte, blieb er. Pfarreimitglieder wandten sich an das Bistum Basel, worauf sich auch Bischof Felix Gmür einschaltete. Er entzog dem Pater die «Missio Canonica», die kirchliche Beauftragung, auf Ende 2020.

Dagegen wehrte sich Pater Adam beim Vatikan – mit Erfolg. Dort hiess es, dass die Amtsenthebung nicht rechtens gewesen

sei. Gegen diesen Entscheid hat wiederum Bischof Gmür beim höchsten Gerichtshof innerhalb der katholischen Kirche rekuriert. Weil das noch hängig war, beriefen sich Ric und Adam darauf, dass Letzterer noch immer die kirchliche Beauftragung innehatte. Der Pater führte weiterhin Messen in den Kirchen in Gebenstorf und Turgi durch. Seit nach dem Hausverbot auch ein Platzverbot folgte, predigt er in einer Industriehalle in Turgi.

Fusion: Viele Fragen zu Bildung und Schulwegen

Vorstellung des Zusammenschlussvertrags zwischen Baden und Turgi – die wichtigsten Aussagen der beiden Ammänner.

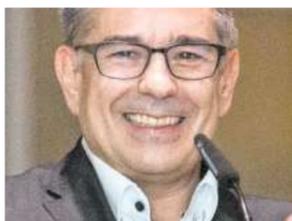
Nicolas Blust

Am 13. März haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Baden und Turgi die Wahl. Wollen sie einen Zusammenschluss der beiden Gemeinden – oder wollen sie weiterhin eigenständig in die Zukunft schreiten? Am Donnerstagabend haben die beiden Ammänner den ausgearbeiteten Zusammenschlussvertrag vorgestellt. «Turgi hat sich in Baden verliebt», sagte Adrian Schoop, Gemeindeammann von Turgi. Nun stehe die Hochzeit an.

Obwohl bereits viel geschrieben und diskutiert wurde, schien trotzdem Gesprächsbedarf zu bestehen. Rund 200 Personen aus Baden und Turgi besuchten die vierte und letzte Informationsveranstaltung vor der Urnenabstimmung. Damit kam der Glassaal im Trafo an seine Kapazitätsgrenze: Mehrere Gäste mussten stehen, da die Sitzplätze bereits besetzt waren.

Markus Schneider (Die Mitte) und Adrian Schoop (FDP) waren bedacht, Einigkeit zu präsentieren. Abwechselnd hoben sie noch einmal die Vorteile der geplanten Fusion hervor. Turgi habe enormes Entwicklungspotenzial, vor allem rund um den Bahnhof. Baden erhalte derweil dringend benötigten Wohnraum. Ausserdem hätte die künftig grösste Stadt im Aargau deutlich mehr Gewicht auf kantonaler Ebene, um nur einige der Argumente zu nennen.

«Beim Schulweg gilt das Prinzip «kurze Beine, kurze Wege»»



Markus Schneider
Stadtammann Baden

Bildung bleibt ein heikles Thema

In der anschliessenden Frageunde beschäftigte die anwesenden Gäste vor allem ein Thema: das Bildungswesen. Bleiben alle Kindergärten und Schulen in Turgi erhalten? Müssen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 künftig die Schule wechseln? Stadtammann Schneider versicherte, dass bei den Schulen alles beim Alten bleibe. Ohnehin gelte das Prinzip «kurze Beine, kurze Wege». Es sei keinesfalls geplant, das Bildungsangebot in Turgi zu verkleinern. Die Schulwege sollen möglichst kurz bleiben.

Auf der Sekundarstufe 1 herrscht in Turgi momentan eine spezielle Situation. Jugendliche aus dem Schulkreis Untersiggenthal besuchen in Turgi die Bezirksschule. Das solle auch nach der Fusion Bestand haben. Gleiches gilt für die Real- und Sekundarschule. Da eine solche in Turgi nicht existiert, gehen die Turgemer Schülerinnen und Schüler dafür nach Gebenstorf beziehungsweise nach Untersiggenthal. Hier übernimmt Baden die bereits bestehenden Verträge. Mittelfristig werde aber geprüft, ob allenfalls auch im Ortsteil Turgi ein Standort für die Sekundarstufe 1 mit allen drei Leistungstypen realisiert werden soll.

Ein 100-Millionen-Projekt wie das Schulhaus Burghalde sei in Turgi aber weder geplant noch umsetzbar, versicherte Markus Schneider den anwesenden Gästen. Gleiches gelte für den Kappelerhof. Die Nachfrage, ob künftig Schülerinnen und Schüler aus dem Kappelerhof

nach Turgi in die Schule müssten, verneinte Schneider. Es könne zwar durchaus sein, dass es Verschiebungen gebe, das werde aber eine gewisse Zeit dauern und geschehe nicht in den nächsten Jahren.

«Turgi hat sich in Baden verliebt.»



Adrian Schoop
Gemeindeammann Turgi

Die Gäste aus Turgi beschäftigte zudem, welches Mitspracherecht sie nach einer Fusion noch hätten. Für die Übergangszeit vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2025 würde die Stimmbewölkerung der Einwohnergemeinde Turgi acht zusätzliche Mitglieder aus Turgi in den Einwohnerrat wählen. Der Einwohnerrat würde dadurch temporär aus 58 Mitgliedern bestehen. Auf eine Ergänzungswahl in den Stadtrat würde verzichtet.

Die Turgemer Parteien haben zwei Jahre Zeit, sich zu etablieren. Dann stehen die Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2026–2029 an, wo sie für die 7 Sitze im Stadtrat und die 50 Sitze im Einwohnerrat kandidieren können. Zum Schluss folgte der Aufruf: «Gehen Sie am 12. März an die Urne.» Dann zeigt sich, ob die Hochzeit stattfindet. Dafür müssen beide Gemeinden der Fusion zustimmen.